

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Seit 1828

Veröffentlichung, Druck und Verlag von G. H. Kallies (Hans Kallies) Nagold.

Freitag, 22. Okt.

Verbreitete Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Das Blatt enthält alle Nachrichten aus dem Oberamtsbezirk, die für den Leser von Interesse sind. Es enthält auch alle Anzeigen, die in dem Oberamtsbezirk veröffentlicht werden können.

Telegraphische Adresse: Gesellschafter Nagold.
Postfachkonto: Stuttgart 5115.

Ersetzt an jedem Werktag die Beschlüsse der Reichsversammlung (Ende voriger Woche) für die feiernden Arbeiter des Ruhrgebietes drohenden Gefahren abgewendet werden können.

Nr. 247

Montag den 22. Oktober 1923

97. Jahrgang

Tagespiegel

Das Reichskabinett hat am Samstag beraten, wie die nach Wegfällen der Reichsanstaltungen (Ende voriger Woche) für die feiernden Arbeiter des Ruhrgebietes drohenden Gefahren abgewendet werden können.

Der britische Vertreter in der Rheinlandkommission Kinnaird ist mit einem Berater in Eisenbahnfragen in London angekommen, um mit der Regierung über die Folgen zu beraten, die die Einstellung des passiven Widerstands für die britische Stellung im besetzten Gebiet haben werden.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel ist am Freitag in Bregenz eingetroffen.

Der Präsident der tschechoslowakischen Republik Masaryk ist am Freitag von Paris nach Brüssel abgereist.

Die Reform des Achtstundentags

Das neue Arbeitszeitgesetz

Ein volkswirtschaftlicher Mitarbeiter schreibt uns: Die Reform des Achtstundentags gehört nicht in den Bereich des Erziehungswesens. Infolgedessen muß der Reichstag, der nächste Woche auf längere Zeit vertagt werden soll, noch einmal demüßigt werden. Die Vorlage, die kürzlich vom Reichsarbeitsministerium veröffentlicht wurde und zurzeit noch Gegenstand lebhafter Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften, den Koalitionsparteien und der Regierung ist, nennt sich „Entwurf eines vorläufigen Gesetzes über die Arbeitszeit.“ Man will also nichts Endgültiges schaffen. Es handelt sich um einen Versuch.

Diese laßende Vorsicht ist begründlich. Denn kein Mensch weiß zu sagen, wo nun gleich mit dem neun- oder zehnstundentag eingeleitet werden könne. Die laufende Geldentwertung hat in vielen Wirtschaftszweigen zur Einschränkung der Produktion, zur Arbeitsstörung und teilweise völligen Arbeitslosigkeit geführt. Im Ruhrgebiet, wo die Arbeit mit Wollwolle wieder aufgenommen werden sollte, ist an die bisherige Arbeitszeit nirgends zu denken. Die nordwestliche Gruppe des Deutschen Eisen- und Stahlbundes hat Forderungen angeordnet. Auf den Thyssen-Werken, der Dortmunder Union, bei Hösch, dem Bochumer Verein und anderen Werken wird nur noch 30 statt 48 Stunden in der Woche gearbeitet. Die Firma Krupp erklärt, daß nur noch sechs Stunden im Tag gearbeitet werden könne. Was soll also der zehnstundentag?

Gleichwohl, man will gerüstet sein, wenn infolge der Reformmaßnahmen, der Geldentwertung, der Entlassungen, der Entlohnungen, der Umwälzung kommt und die Produktion sich neu belebt. Es war ein Vertreter der Arbeitnehmer, der bekannte Dr. August Müller, der schon vor längerer Zeit über den geltenden Achtstundentag kühnermaßen urteilte: Die im November 1918 erfolgte Festlegung des für alle Berufe gleichen Achtstundentags ist eine zum mindesten übertriebene Maßnahme gewesen, welche die Produktionskraft des deutschen Volkes höchst ungünstig beeinflußt hat. Der Achtstundentag darf kein Aushilfsmaßnahme bilden, der auch für ganz leichte, mit wenig körperlichen und geistigen Anstrengungen und vielen mit Arbeitsbereitschaft ausgefüllten Stunden ausgezeichneten Geschäftszweigen streng eingehalten werden muß.

Wie aus diesem Gedankengang heraus ist der jetzige Regierungsentwurf gearbeitet. Der Grundgedanke des Achtstundentags, der nun einmal in der Verfassung festliegt, ist beizubehalten. Aber zwecks Anpassung an die Geschäftslage soll den Arbeitgebern die Möglichkeit gegeben werden, an einer beschränkten Zahl von Tagen Mehrarbeit leisten zu lassen. Genauso wird für den Fall „erheblicher Arbeitsbereitschaft“ eine mehr als achtstündige Arbeitszeit vorgeesehen. Der bisher nicht seltene Fall, daß durch die sogenannte Arbeitsbereitschaft der Achtstundentag zu einem Dreistundentag wird, soll also ausgeschaltet werden. Diese beiden bis jetzt genannten gelegentlichen Verbesserungen am Achtstundentag stehen nach dem Gesetzentwurf im Ermessen der Arbeitgeber.

Im übrigen fordert das Gesetz für förmliche Ausnahmen vom achtstündigen Arbeitstag zweierlei Sicherungen, entweder einen Tarifvertrag, also eine neue besondere Abmachung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter oder, wo ein solcher Vertrag nicht zustande kommt, die behördliche Anordnung. Aber auch diesen beiden Wegen, den Achtstundentag zu verlängern, sind Grenzen gesetzt, wo es sich um Schwerarbeit, wie z. B. Bergbau unter Tage, oder um Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub oder dergl. bei der Arbeit handelt. Hier bleibt es unbedingt beim Achtstundentag. Als Höchstgrenze gilt der zehnstundentag für jeden Fall, es sei denn, daß die Arbeitsbereitschaft viel Zeit verschlingt und eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit erlaubt.

Die verkehrte Eisenbahntarifpolitik

Als sich im September die Anzeichen einer Wirtschaftskrise bemerkbar machten — so wird der Verl. Börsenzeitung von einem Industriellen geschrieben —, hob der Reichsfinanzminister Lathen die Kohlensteuer auf und die Grubenbesitzer brachten das Opfer — nur ein Eingeweihter kann ermessen, welches wirkliche Opfer sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen damit gebracht haben —, daß sie den Restkohlenpreis von sich aus um 10 bis 15 Prozent herabsetzten. Die bis 15. Oktober gültigen Kohlenpreise verbilligten sich deshalb insgesamt um 30 bis 35 Prozent. Der Reichsverkehrsminister Döfer mußte nun aber nichts Besseres zu tun, als rasch das einzustechen, was der Finanzminister und die Grubenbesitzer geopfert hatten. Die Schlüsselzahlen für die Bahnfrachten wurden vom 15. Oktober ab auf 1 Milliarde heraufgesetzt. Um die fürchterliche Bedeutung dieser Zahl zu erkennen, muß man sich vergegenwärtigen, daß am 1. September die Schlüsselzahl auf 1,8 Millionen stand, am 18. September wurde sie auf 1,8 Millionen heraufgesetzt, gleichzeitig aber die Grundtarifmark noch um 100 Prozent erhöht. Am 23. September betrug die Schlüsselzahl 3,8 Millionen, am 13. Okt. ber 350 Millionen und zum 18. Oktober wird dann der Eisenpreis auf 1 Milliarde gemacht. Diese Tarifpolitik stellt einen wirtschaftlichen und politischen Fehler erster Ordnung dar. Heute zeigt sich schon deutlich, daß nicht etwa auf Grund der herabgesetzten Kohlenpreise neue Bestellungen bei den Syndikaten und Kohlenverbraucherfirmen einlaufen, sondern daß die Abbestellungen in noch größerem Umfang Platz greifen als bisher. Den industriellen Kohlenverbrauchern ist es ebenso unmöglich, die riesigen Frachten auf den Kohlenpreis zu zahlen wie dem Hausbrand.

Der Reichsverkehrsminister wird nicht zu den Einkäufen kommen, die er sich erträumt hat, statt dessen darf er aber das beruhigende Bewußtsein haben, durch seine Maßnahme dem heute schon vorhandenen Arbeitslosenheer täglich neue Massen zuzuführen und dem Hausbrandverbraucher nach einem schwachen Hoffnungsschimmer wieder die niederschmetternde Erkenntnis beigebracht zu haben, daß es ihm doch nicht möglich sein wird, seinen Winterbedarf an Brennstoffen in den Keller zu nehmen.

Die Abgabe zur Brotverbilligung

Die erste Zahlung der Reichsbrotabgabe war für den Bedarf nicht ausreißend. Das Reichsfinanzministerium gibt daher Vorschläge auf die zweite im Januar 1924 fällige Zahlung der Brotabgabe in wertbeständiger Weise, so daß für die noch in Betracht kommenden 10 Monate des laufenden Wirtschaftsjahrs jeden Monat eine Million Goldmark flüssig gemacht wird. Die Brotverbilligung für jedes Kind vom vierten Kind ab soll vierzig Prozent des Preises des marktfreien Brots von vier Pfund Gewicht nicht übersteigen. Die Mittel sind den Bundesstaaten bereits überwiesen worden.

In der Vorlage der Regierung war vorgesehen, daß die Mittel nur verwendet werden dürften für kinderreiche Familien in Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern und daß die Länder Ausnahmen für kleinere Gemeinden zulassen konnten, jedoch nur für solche, deren Bevölkerung vorwiegend industriell ist. Die Ausschüsse des Reichsrats haben statt dessen die Fassung gewählt, „soweit es im Rahmen der Mittel möglich ist, können die Bundesstaaten auch andere Bedürftige unterstützen.“ Ausgeschlossen von der Beihilfe sollen die bisherigen Selbstversorger bleiben. Die Reichsregierung wird sich ein Zehntel der Beträge vorbehalten für einen etwaigen Ausgleich, die anderen neun Zehntel sind für den ersten Monat nach der Bevölkerungszeit verteilt worden. Nach einer Mitteilung der Reichsregierung werden die aus der Brotabgabe zur Verfügung stehenden Mittel auch verwendet werden zur Fortsetzung der Milchverbilligung und der Kinderheimpflege. Bei der Verteilung soll nach den Grundätzen der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge verfahren werden.

Die preußischen Staatsausgaben

Berlin, 21. Okt. Im Ständigen Ausschuss des preußischen Landtags wurde von den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien scharfer Tadel an der preußischen Finanzverwaltung geübt. Jetzt brauche der preußische Staat 1400 Millionen Goldmark im Jahr, während die frühere kaiserliche Regierung mit 750 bis 800 Millionen Goldmark auskommen sei, obgleich der Staat damals um 15 Prozent größer war als jetzt. Die Gesamteinnahmen werden im Haushaltsplan auf 370,8 Millionen Goldmark veranschlagt, von denen 144 Millionen Goldmark auf den städtischen und 226,8 Millionen auf den ländlichen Grundbesitz entfallen. Diese ungeheure Belastung neben den Reichsabgaben müsse vernichtet werden, die Regierungsvorlage vom Heftor umgerechnet eine Steuer von mindestens 2 Zentner Getreide. Vor dem Krieg haben die Grund- und Gebäudesteuern 285 Millionen Goldmark betragen, jetzt solle das verfeinerte Preußen 371 Millionen Goldmark aufbringen. Dabei haben die Sachwerte

nur noch zwei Drittel ihres früheren Goldwerts. Der Regierungsvorsteher wies darauf hin, daß Preußen in einem halben Jahr 10½ Billionen Papiermark eingenommen, eben in zehn Tagen 14 000 Billionen ausgegeben habe. Wenn der preußische Staat nicht sofort Geld erhalte, werde er schon den nächsten Winter nicht mehr erleben. Die vorgeschlagene Grundsteuer decke übrigens nur die Hälfte der Ausgaben. Die Wohnungsbauabgabe habe das Sechsfache an Verwaltungskosten notwendig gemacht. — Als Gesamtbetrag des Staatsbeitrags für noch lebende Gemeinden in Preußen sind dagegen 192 Billionen Papiermark vorgesehen, was kaum für die Vorkosten reicht. Die im Landtag geschiederten Verhältnisse entwerfen ein typisches Bild der heutigen Finanzwirtschaft.

Bruch mit Frankreich?

Berlin, 21. Okt. Nachdem die Reichsregierung es abgelehnt hat, die von den Besatzungsbehörden und der Rheinlandkommission aufgestellten Bedingungen bezüglich der Eisenbahnverwaltung bedingungslos anzunehmen und für die abgelieferten Kohlen usw. Ersatz zu leisten sowie die Bezahlung der Arbeiter zu übernehmen, hat die französische Regierung die Aussprache über diese Angelegenheiten für beendet erklärt, womit jede Verhandlungsmöglichkeit abgebrochen ist. Die Reichsregierung ist vor die Wahl gestellt, entweder die Besatzungsmaßnahmen im Reich (Ermächtigungsgesetz) aufzugeben und zugunsten der Sachleistungen an die Feinde in ihr Gegenteil zu verkehren, oder die Folgen der Ablehnung Frankreich gegenüber auf sich zu nehmen. Die deutschen Vertreter in den europäischen Ländern und in Washington sind beauftragt worden, die betreffenden Regierungen von der neuen Wendung der Dinge in Kenntnis zu setzen und gewisse Anregungen zu machen.

Paris, 21. Okt. Das „Echo de Paris“ schreibt, die Industriellen des Ruhrbezirks müssen sich nun entscheiden, ob sie von der deutschen Reichsregierung durch die Einstellung der Reichsanstaltungen am 21. Oktober sich einschüchtern lassen und ein ganzes Volk von Arbeitslosen Frankreich in die Arme treiben, oder ob sie ihr bestes tun wollen, aus eigener Kraft die Arbeitermassen zu retten und Deutschland vor dem Bestehen zu bewahren, wozu sie mächtig genug seien. Sie sollen „erfüllen“, dann können sie auf Frankreichs „Beistand“ rechnen. Wenn sie sich aber zu Widerstand und Erpressung verleiten lassen, so müßten sie die Verantwortung tragen und die schweren Folgen tragen.

Paris, 21. Okt. Dem „Matin“ zufolge erklärte Poincaré den Vertretern des Nationalkammerbunds, Deutschland habe seine Zusage auf Einstellung des passiven Widerstands noch nicht erfüllt. Es habe die Wirtschaft der Ruhr preisgegeben und müsse sie jetzt wieder in Gang setzen. Die Geldmittel dazu müsse Deutschland aufbringen und nicht Frankreich. — Und wer hat den Ueberfall gemacht?

Poincaré hatte eine lange Besprechung mit General Rollet, dem Vorsitzenden der militärischen Ueberwachungskommission.

Die Lage im Ruhrgebiet

Die Herren des Ruhrlands

Essen, 21. Okt. Die Franzosen gehen dazu über, Eisenbahnhauptwerkstätten an private französische Unternehmer zu verpachten. Die große Hauptwerkstätte in Trier ist bereits an die Lokomotivfabrik Strahlburg-Ravenstein, eine andere der Firma Schneider-Creuzot übergeben worden. Die deutschen Werkstättenarbeiter sollen augenscheinlich nur in geringem Umfang wieder eingestellt und durch Arbeitslose aus Frankreich ersetzt werden, während die beschäftigungslosen Deutschen ins unbefestigte Deutschland abgeschoben werden.

Es wird weiter geschossen

Bonn, 21. Okt. Durch eine französische Schußwache ist ein Deutscher erschossen worden.

Die Düsseldorfer Justizkomödie

Paris, 20. Okt. Der „Temps“ meldet, daß gegen 53 Deutsche in Düsseldorf das Verfahren vor dem Kriegsgericht wegen „Verbrechens des Ueberfalls auf einen von der Besatzungsbehörde genehmigten Zug der „reinischen Republikaner“ in Düsseldorf eröffnet wurde. Unter den Angeklagten befinden sich 33 deutsche Schutzpolizisten. Zwei von ihnen stehen unter der Anklage des Mordes.

Die Schwarzen überwinteren im besetzten Gebiet

Paris, 20. Okt. Wie „Echo de Paris“ meldet, hat der Ministerrat am Mittwoch beschlossen, daß auch für November die französische Besatzungsarmee in der bisherigen Stärke zu verbleiben habe. Zum ersten Mal soll in diesem Jahr die vollständige Ueberwinterung der afrikanischen Truppen im besetzten Gebiet versuchsweise durchgeführt werden.



Erhebung der Kohlensteuer in Goldmark

Koblenz, 21. Okt. Die Rheinlandkommission hat angeordnet, daß die Steuererklärungen für die seit 17. September von den Gruben abgefahrenen Verkäufe den Preis für Kohlen, Koks und Braunkohlen in Goldmark enthalten müssen. Die Kohlensteuer ist an die Entschädigungskommission mit Rückwirkung auf 11. Oktober in Goldmark bzw. Devisen zu bezahlen.

3 Millionen Ruhrarbeiter arbeitslos

Berlin, 20. Okt. Aus dem besetzten Gebiet wird heute gemeldet: Die Mehrzahl der Fabriken und fast alle kleinen und mittleren Betriebe liegen still. Von den Großbetrieben erklären über 600, daß sie ohne Bereitstellung von Staatskrediten weder Kohlenstoffe kaufen, noch Lohnzahlungen leisten könnten. Die Werke bleiben geschlossen. Die Eingabe der Ruhrindustriellen nennt einen Mindestkreditbedarf von 15 Milliarden Goldmark oder 12 Milliarden Goldfranken als Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Arbeit und die Weiterbeschäftigung der Arbeiter. An 3 Millionen Arbeiter im Ruhrgebiet stehen vor der Arbeitslosigkeit.

Arbeiterentlassung und Kurzarbeit im Ruhr-Gebiet

Dortmund, 21. Okt. In einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) der nordwestlichen Gruppe der rheinisch-westfälischen Metallindustrie wurde seitens der Arbeitgeber eröffnet, daß sie wegen der wirtschaftlichen Lage genötigt seien, einen Teil der Angestellten und Arbeiter fristlos zu entlassen und weiteren bis zum nächsten Termin zu kündigen, sowie für den Rest verkürzte Arbeitszeit einzuführen. Die Betriebsräte erheben gegen den Beschluß Widerspruch.

Die Bombardier-Hütte in Weimar hat rund 4000 Angestellten und Arbeiter entlassen. Auf der Zeche „Bertholdener Sohn“ wurde eine größere Zahl Arbeiter entlassen. In Stadtbezirk Köln soll die Zahl der voll Arbeitslosen 80 000, die der Kurzarbeiter umhingend 100 000 betragen.

Spannung zwischen Bayern und der Reichsregierung

München, 21. Okt. Der Abbruch der amtlichen Beziehungen Bayerns zu Sachsen ist nach halbamtlicher Mitteilung erfolgt, weil der bayerischen Regierung bekannt geworden war, daß auf dem Weg über Berlin, Sachsen und Thüringen seit Monaten russische Bolschewisten in Bayern Fuß zu fassen versuchten. Zentnerweise seien Verhaftungsschriften von der bayerischen Polizei beschlagnahmt worden. Die Regierung sei im Besitz einer Liste der sich in Bayern aufhaltenden Bolschewisten und sie habe es als ihre Pflicht betrachtet, den Süden des Reichs gegen den kommunistischen Heer in Sachsen und Thüringen abzuriegeln, deren Arbeit die Reichsverfälschung bedeute.

Die Abberufung des Generals v. Lossow hat in Bayern aufs äußerste verstimmt und die Blätter aller Parteien verklagen den Rücktritt des Reichswehrministers. Baldens hat die von einigen Berliner Blättern angekündigte Absicht der Reichsregierung, Bayern vom Bezug des Reichsgelds sowie vom Eisenbahn- und Postverkehr abzusperren, die Gemüter erregt. Die bayerische Regierung sucht keinen Streit mit Berlin, werde ihn aber in der äußersten Form austragen, wenn er ihr aufgezwungen werden sollte. Die Regierung hat der Reichsregierung mitteilen lassen, daß sie je nach weiteren amtlichen Berichten mit dem Reichswehrminister und mit dem Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, verhandle.

Mäßigung gegen Sachsen

Berlin, 21. Okt. Die Reichsregierung wird sich in ihren Maßnahmen gegen Sachsen auf die Auflösung der roten Kampfbünde beschränken, um das Ansehen der Reichsregierung zu wahren. Von Schritten gegen die sächsischen Minister wegen ihrer zum Klassenkampf auffordernden Reden wird auf die Vorstellungen der Sozialdemokratie hin Abstand genommen.

Neue Nachrichten

Neuer Stützungsversuch der Reichsbank?

Berlin, 21. Okt. Im Reichsfinanzministerium wurden am Freitag Besprechungen mit Sachverständigen über den Markkurs geführt, die überaus lebhaft verliefen. Der Regierung wurde vorgeworfen, daß sie mit ihren Maßnahmen immer zu spät komme. Es soll versucht werden, durch die Reichsbank einen neuen Versuch machen zu lassen, die Mark zu stützen.

Inruhen überall

Berlin, 21. Okt. Der fortgesetzte Markkurs verhärtet die allgemeine Erregung so sehr, daß die Reichsregierung dagegen machtlos wird. Neue Nachrichten von blutigen Ausschreitungen und Plünderungen liegen vor aus Döpreußen, Baden und dem besetzten Gebiet. In Lothar kam es zu Ausschreitungen gegen die Fabriken und das Billenwertel. Die Zahl der Opfer in Raunheim wird auf 21 Tote und 65 Verwundete angegeben. Zahlreiche Bolschewisten aus Rußland, denen anderwärts die Ausreisepässe entzogen wurde, haben in den badischen Kurorten Ausreisepässe genommen, wo sie in regem Verkehr mit den Kommunisten stehen.

Streik in Mittelschlesien

Halle, 21. Okt. Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbands teilt mit, daß der Streik beschloffen sei.

Schulz für den ehelichen Handel in Bayern

München, 21. Okt. Der Generalkonsulatskommissar hat die Handelsverkaufsstellen ernächtigt, durch vorläufige Entscheidung ohne Beziehung von Besitzern unredlichen Händlern die Handelsverkaufsstellen zu verweigern oder zu entziehen. Der Generalkonsulatskommissar hat den Kartoffelbezug der Stadt München dadurch verbilligt und erleichtert, daß er den Zwischenhandel ausschaltet und unter Zustimmung der Kartoffelbauern der Reichswehr und der Landespolizei die

Kartoffeln der Bevölkerung zu annehmbaren Preisen zuzuführen. Den Landwirten soll für den Wert der Kartoffeln Holz und Kunststoffe dadurch verabfolgt werden, daß staatliche Gutscheine über diese Artikel abgegeben werden.

Polnische Ausweisung von Deutschen

Berlin, 20. Okt. In letzter Woche sind von den polnischen Behörden in polnisch Oberschlesien insgesamt 405 Reichsdeutsche ausgewiesen worden.

Spanien und Italien

Madrid, 21. Okt. König Alfons wird, wie berichtet, auf seiner Reise nach Rom vom Präsidenten des Direktoriums, General Primo de Rivera begleitet sein. Die Reise wird nicht auf dem Landweg über französisches Gebiet, sondern auf dem Seeweg erfolgen. Das königliche Schiff wird von spanischen und italienischen Kriegsschiffen begleitet sein. Dieser Flottenkundgebung ist große politische Bedeutung beizumessen.

In ganz Spanien wird eine Sammlung für den Bau eines Panzerschiffs veranstaltet. Das Schiff soll den Namen des kürzlich bei Melilla (Marokko) gestrandeten Kreuzers „España“ tragen.

Kampferklärung der Kommunisten

Die Hauptleitung der kommunistischen Partei hat an die „Kampferklärungen“ unterm 17. Oktober folgende Aufforderung ergehen lassen:

Beiseitigung an maßgebender Stelle stehender Beamter, Unterbindung des Bahnverkehrs in Deutschland mit den brutalsten Mitteln, wie Sprengungen, Zugentgleisungen usw. Sprengmittel liegen in beliebiger Menge bereit. Soweit noch örtlicher Bedarf, sofort bei Zentrale abholen. Alarmbereitschaft aller Stütztrupps. Ständige Überwachung aller amtlichen Stellen und wichtiger Persönlichkeiten.

In offensichtlichem Zusammenhang mit dieser Kampfanzeige stehen verschiedene Vorgänge der Nacht zum Samstag.

In E. d. wigsburg entstand in einem Munitionsmagazin infolge Brandstiftung ein Feuer, das jedoch gelöscht werden konnte, ehe nennenswerter Schaden entstanden war. Eine männliche und eine weibliche Person, die des Zusammenhangs mit der Brandstiftung verdächtig sind, wurden von der Polizei festgenommen.

An verschiedenen Stellen wurden vor wichtigen amtlichen Gebäuden mehrere Mann starke Patrouillen beobachtet, die durch Radfahrer untereinander Verbindung hielten.

In Stuttgart waren in vielen Straßen Gruppen verteilt, die offensichtlich den Auftrag hatten, sich gewisser Persönlichkeiten zu bemächtigen. Durch Überwachung der Vorübergehenden kam es mehrfach zu Anstößen und Schlägereien.

Verhängung der Schutzhaft über kommunistische Agitatoren. Anfall wird mitgeteilt:

In der kommunistischen Partei war in den letzten Tagen eine besondere Regsamkeit zu beobachten. Die eingehenden Nachrichten ließen erkennen, daß die K.P.D. mit allen Mitteln einen Generalstreik einzuleiten versucht und Sabotageakte aller Art vorbereitet. Für eine solche Betätigung sprachen auch die in der Presse veröffentlichten Anweisungen der K.P.D.-Zentrale. Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit sah sich deshalb der Wehrkreisbefehlshaber in Stuttgart veranlaßt, über eine größere Anzahl kommunistischer Agitatoren die Schutzhaft zu verhängen. Die Verhaftungen sind im Verlauf der letzten Nacht erfolgt.

Die Samstag-Nummer der kommunistischen „Südd. Arbeiterzeitung“ in Stuttgart ist im Auftrag des Militärbefehlshabers vom Polizeipräsidium beschlagnahmt worden.

Zur Frage eines Zollkommissars für Württemberg

Der heutige „Staatsanzeiger“ schreibt: Die Frage der Bestellung eines Zollkommissars für Württemberg hat in den letzten Tagen zu mancherlei Presseerörterungen Anlaß gegeben. Die württembergische Regierung stand — das sei all diesen Auslassungen gegenüber festgestellt — von Anfang an auf dem Standpunkt, daß, sofern überhaupt ein Zollkommissar für Württemberg ernannt werden sollte, dies nur der Minister des Innern sein könne. Sie hat diese Auffassung auch gegenüber der Reichsregierung vertreten.

Württemberg

Aus der Landeshauptstadt

Stuttgart, 20. Okt. Vom Landtag. Abg. Birkel hat an das Staatsministerium eine Anfrage wegen der unerböhrten Preisforderungen für Gas und Strom in Stuttgart und die ungerichte Abgabe der Gutscheine, die, das Gerechtigkeitgefühl brutal verletzen, gerichtet.

Der Gas- und Strompreis. Die Bucherabteilung hat auf die einstimmige Beurteilung der Gas- und Strompreisbildung der Technischen Abteilung des Gemeinderats eine Untersuchung angestellt. Die Abteilung behauptet, an den Preisen seien die teuren Kosten schuld. Das Bucheramt hat die Preisgestaltung nach Galdypfennigen beanstandet.

Das Hamstern von Gutscheinen. Das von der Stadtverwaltung eingeführte Gutscheinverfahren für Gas- und Strombezug hat in einer förmlichen Lage auf die Gutscheine geführt. Die Ausgabestellen konnten dem Andrang nicht mehr nachkommen. Wer flüssiges Geld hatte, war befreit, es möglichst rasch in Gutscheine, die, entsprechend der Geldbewertung, von Tag zu Tag teurer werden, umzuwandeln. Der Gemeinderat hat nun für die Gutscheine neue Grundpreise festgesetzt und außerdem die zu verkaufende Gasmenge von 50 auf 30 Kubikmeter beschränkt. Gegen Hamstern soll mit Abperrung von Gas und Strom vorgegangen werden.

Stuttgart, 21. Okt. Brotpreiserhöhung. Das 85prozentige Versorgungsbrod kostete vom 20. Oktober an in

Stuttgart 280 (240) Millionen, das 75prozentige Roggenbrod 450 (300) Millionen, Weißbrod 570 (350) Millionen das Alia, ein Doppelpucken 60 (30) Millionen Mark.

Aus dem Lande

Jagstfeld, 19. Okt. Was alles gefahren wird. Diebe entwanderten nachts dem Schmiedemeister Häußler neue Hufeisen im Wert von 20 Milliarden. — Aus der Wirtschaft zum Röhle sind zwei neue Fahrräder verschwand. Dem Wirt selbst wurde der Ziegenbock gestohlen.

Kreuzlingen, 19. Okt. Weitere Versuchsfahrten. Die neue Schwelolomotive setzte gestern die Versuchsfahrten auf der Honauer Steige mit dem Erfolg fort, daß die 129 Tonnen hinaufgezogen wurden.

Drahtstein, 19. Okt. Tödlicher Absturz. Der 25 Jahre alte Gipfel Josef Soller kürzte bei Arbeiten am Kirchturm in Dilsenhausen, Ost. Blaubeuren ab und brach beide Arme und einen Fuß. Nach achtstündigen Leiden starb er jetzt im Krankenhaus.

Gieszen a. Br., 20. Okt. Zusammenstoß. Ein Motorfahrzeug konnte in voller Fahrt auf der Straße Gieszenherbröcklingen in ein entgegenkommendes Einspännerfahrzeug. Beim Zusammenprall stieß er mit dem Kopf gegen die Deichsel des Fuhrwerks, so daß er bewußtlos liegen blieb und schwere Verletzungen davontrug. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht.

Mietlingen, Ost. Blaubeuren, 20. Okt. Räuberüberfall. Ein Bürger ging nach eingebrochener Dunkelheit von Kellern heim. Auf der Straße wurde er von einer Mannsperson angehalten und um Abgabe seines Geldes gebeten. Das Anhalten wurde abgelehnt, worauf der Fremde handgreiflich wurde. Er fand aber einen richtigen Wegener denn mit einer gegemeinden Tracht Prügel wurde er abgeben.

Donaueschingen, 20. Okt. Gefaßter Kircheneintrichter. Ein Einbrecher versuchte, in die katholische Stadtkirche einzudringen. Bei dem Versuch, durch das wertvolle Kunstglasfenster oberhalb der Kirchentür, das er einwirkte, in das Innere der Kirche zu gelangen, ist er anscheinend gestürzt worden. Da er sein Handwerkzeug am Talort zurück ließ, war es möglich, die Person des Täters festzustellen und ihn zu verhaften. Er ist der bekannte Einbrecher Karl Schöber von hier. Seine Festnahme erfolgte in Spandau.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 22. Oktober 1923.

Co. Volksbund. In den kommenden Tagen wird hier und in einigen Bezirksorten Herr Sekretär Springer aus Stuttgart Vorzüge halten. Derselbe war langjähriger Angehöriger des Arbeiterbundes (Schuhfabriken, Tütingen), hat sich aber zum wirkungsvollen Redner herausgebildet und nun seine Kraft in den Dienst des Co. Volksbundes gestellt. Er behandelt Themen wie: „Christ und Sozialist“, „Christ und Vaterland“, „Christ und Dölar“, „Arbeiter und Bauer“ im Geiste aufbauender Friedfertigkeit.

Die Höchstmöhe der Erwerbslosenunterstützung betragen mit Wirkung vom 15. Okt. 1923 ab je nach Districten in Millionen Mark: für männl. Personen über 21 Jahren 900, unter 21 Jahren 570; für weibl. Personen über 21 Jahren 780, unter 21 Jahren 410; als Familienzuschläge für den Ehegatten 350, die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 300. Die bisherige Unterscheidung zwischen Personen über 21 Jahren mit eigenem Haushalt oder in fremdem Haushalt fällt weg.

Steuererhöhungen. Die Salzsteuer erhöht sich ab 22. Oktober auf 3 Millionen, für Stärkesteuer auf 1,61 Millionen, für andere Zucker auf 61,52 Millionen Mark für ein Kilogramm Reingemisch. Die Biersteuer beträgt in der niedersten Klasse 3 514 000 000 (530 800 000) Mark, in der höchsten 4 285 000 000 (658 300 000) Mark für 100 Liter. Wenn Wunder, wenn das Glaschen einfachsten Biers mindestens 160 Millionen kostet.

Die Entschädigung für Pferdeverluste infolge von Kopfräuberei oder anstehender Blutarmut ist in Württemberg mit Wirkung vom 10. Oktober auf 25 Milliarden, vom 10. Okt. auf 80 Milliarden Mark zuzüglich 25 Prozent des Wertes derjenigen Teile des Tieres, die dem Besitzer gemäß den polizeilichen Anordnungen zur Verfügung bleiben, als Höchstbetrag festgesetzt worden.

Der Goldfranken wird ab 19. Oktober im Auslandsverkehr mit 1700 Millionen Papiermark berechnet. Im 18. Okt. war der Kurs von 280 auf 912 Millionen erhöht worden.

Falsche Fünf-Milliarden-Note. An der Kasse eines Finanzamts wurde eine falsche Fünf-Milliarden-Note angehalten, die durch mangelhaften roten Leberdruck auf einer echten 500 000 Mark-Note der Ausgabe vom 1. Mai 1923 hergestellt ist. Es ist zu bemerken, daß die Reichsbanknoten vom 1. Mai 1923 mit rotem Aufdruck „Fünf Milliarden Mark“ überhaupt nicht ausgegeben worden sind.

Die Apothekerrichtzahl beträgt ab 19. Oktober für Württemberg 13 100 000, für Arbeitsleistungen 7 000 000.

ep. Die Vereinigung evang. Frauenverbände Deutschlands, die zwei Millionen deutsche Frauen vertritt, hat jedoch einen dringenden Aufruf an die deutschen Frauen, die Reichsregierung und die Frauen des neutralen Auslandes zu erlassen, worin sie bittet für die Befreiung der 20 000 in französischen Gefängnissen schmachtenden Raubgefangenen und für die Heimkehr der Hunderttausende von Vertriebenen aus dem besetzten Gebiet aufs entsehrdenste einzutreten.

ep. Zum Schankstättengesetz. Der Bund Evang. Frauen Württembergs mit 200 000 Mitgliedern tritt in einer an den Reichstag gerichteten Eingabe zum Schankstättengesetz entschieden für Verschärfung der geplanten Oefesbeschränkungen in wesentlichen Punkten ein.

Verfälschung der Fernspreckgebühren ab 20. Oktober. Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer werden erhoben bei einer Entfernung bis 10



5 Kilometer einschließlich 50 Millionen Mark, von mehr als 5 bis 15 Kilometer 100 Mill., von mehr als 15 bis 25 Kilometer 150 Mill., von mehr als 25 bis 50 Kilometer 300 Mill., von mehr als 50 bis 100 Kilometer 450 Mill., darüber für jede angefangene 100 Kilometer mehr 100 Mill. Für dringende Gespräche das Dreifache, für Witzgespräche das Hundertfache der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch. Für Vortragsanmeldung, Auskünfte und Streichungsgebühr für Gespräche sind je 50 Millionen zu zahlen. Eine XP-, V- oder N-Gebühr für eine Person beträgt je 200 Mill., für jede weitere Person 100 Mill., für Unfallmeldegebühr 300 Mill.

Im Telegrammverkehr sind die wichtigsten Gebühren vom 20. Oktober 1923 an für Ferntelegramme Grundgebühr 80 Mill., und außerdem für jedes Wort 40 Mill.; für Drücktelegramme Grundgebühr 40 Mill. und außerdem für jedes Wort 20 Mill. etc.

Berechnung des Steuerabzugs

Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu veranschlagen sind, beträgt für die Zeit vom 21. bis zum 27. Oktober 1923 „210“. Bei der Berechnung des Steuerabzugs von dem in der Zeit vom 21. bis zum 27. Oktober fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte mit „210“ zu veranschlagen. Unter Zugrundelegung der Verhältniszahl 210 ergeben sich z. B. folgende Wochenermäßigungen:

für die Zeit von bis	1. Steuerzahl u. Ehefrau je „K“	1. jedes mit-berähr. Kind „K“	1. Werbungskosten
10. bis 16. 10. 23 (Grundjahr)	172.800	1.132.000	1.440.000
16. bis 20. 10. 23 (Sonderdrehjahr)	5.520.000	36.864.000	46.080.000
21. bis 27. 10. 23 (Sonderdrehjahr)	36.288.000	241.920.000	302.400.000

Der im Wege des Steuerabzugs einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle Hunderttausend Mark nach unten abzurunden.

Koblenz, Einbruch. In der Nacht vom 17.—18. d. Ms. wurde versucht in die Fabrik der Gebr. Seeger einzubrechen. Es war aufscheinend auf die Borträte an Tuch und Kern abgesehen. Die Täter wurden gefasst und führten auf ein bereitstehendes Personenauto und fuhren in der Richtung Altscheid davon.

Heberberg, Ortsvorsteherwahl. Bei der am letzten Sonntag stattgefundenen Schultheisenvahl wurden von 240 Wahlberechtigten 202 Stimmen abgegeben, wovon auf Chr. Reppler, den bisherigen Ortsvorsteher, 113, auf Adam Seeger 43, auf Max Götting 28 und auf A. Theurer 18 Stimmen entfielen. Somit ist Christian Reppler zum Ortsvorsteher gewählt.

Letzte Nachrichten.

Anruf des Generals v. Seekt an die Reichswehr in Bayern.

Berlin, 21. Okt. Der Chef der Heeresleitung erläßt folgenden Anruf an die Reichswehr in Bayern: Die bayerische Regierung nimmt die Truppen der VII. (bayerischen) Division in Pflicht und ernannt den vom Reichswehrminister seiner Dienste entbundenen Divisionskommandeur theilweise zum Bundeskommandanten und Divisionskommandeur. Der Schritt der bayerischen Regierung ist ein gegen die Verfassung gerichteter Eingriff in die militärische Oberkommandogewalt. Bei dieser Anordnung der bayerischen Regierung entspricht nicht seinen dem Reich geleisteten Eid und macht sich des militärischen Ungehorsams schuldig. Ich fordere die VII. bayerische Division des Reichsheeres wiederholt und dringend auf, ihrem dem Reich geleisteten Eid treu zu bleiben und sich den Befehlen ihres höchsten militärischen Vorgesetzten bedingungslos zu fügen. Der Reichstreue aller anderen Teile des Heeres halte ich mich heute und feils fest versichert.

Gezeichnet: v. Seekt.

General der Infanterie und Chef der Heeresleitung.

Der Kampf im Speffart.

Erzählung von Leon Schäfer.

In einem dieser letzten machte eine Stelle ihn betroffen. Sie lautet: „A ist und bleibt patrios verschwunden. Wenn Ihre Flucht überhaupt noch den geringsten Zweifel an ihrer Schuld übriglassen könnte, so würde dieses Verschollenbleiben ihn schmerzen. Mein Mann ist jetzt ebenso überzeugt, wie ich es bin; er hat alle Nachforschungen nach ihr verboten, was mich jedoch nicht abhält, diese im geheimen anstellen zu lassen.“

A. — der Anfangsbuchstabe des Namens Benedicte — und diese A. war verschwunden — sollte eine Schuld auf sich geladen haben! Das war seltsam. Widerich blühterte in aufgeregter Hast weiter, ohne mehr Andeutungen über die Sache finden zu können. Doch war eine andere Stelle da, welche, wenn die erste eine Beziehung auf ein Wesen hatte, das Widerich in kurzer Zeit so teuer geworden, vorzüglich zu der Vermutung führte, die sich ihm so erregend aufdrängte. Sie lautete: „Du wirst das Kommando in Würzburg erhalten, und ich, ich werde dir dahin folgen. Es ist mir nicht möglich, hier anzuhängen und ruhig zuzusehen, während du allen Gefahren des Krieges entgegengehst. Wenn du auch nicht lange Zeit in Würzburg bleibst, wenn du auch bald mit deinen siegreich vorrückenden Kameraden weiterziehest, was tut es, ich werde dir immer so so viel näher bleiben und wenn du verwundet wärest — Gott wende es ab! — so könnte ich dir nachhelfen von dort, könnte dich pflegen, dich mit mir zurück nach Würzburg nehmen. Ich habe eine Cousine, welche in dieser Stadt wohnt. Das gibt mir den Vorwand eines Besuchs bei ihr. B. wird mit dir die Reise gestalten, er muß sie mit dir gestalten. Meine Cousine heißt Frau von Goller. Unterlaß nicht, im Hause derselben, sobald du in Würzburg angekommen bist, einen Besuch zu machen; es

Vergessen Sie nicht

heute noch den „Gesellschafter“ für NOVEMBER zu bestellen
Sie brauchen eine Zeitung!

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 21. Okt. Ein Aufruf der Reichsregierung wendet sich mit Entschiedenheit gegen das Vorgehen des bayerischen Generalkommissars v. Rohr und die bayerische Regierung, die es für richtig erachtet, in einer Zeit, in der die Zusammenfassung aller Kräfte mehr als je notwendig ist, um gegenüber dem äußeren Gegner fest zu bestehen, einen offenen Verfassungsverstoß und inneren Kampf herbeizuführen. Der Aufruf schließt mit den Worten:

„Im Kampf um die Erhaltung der Reichseinheit fordern wir alle Deutschen auf, den Erregern der Zwietracht entgegenzutreten im Kampf für das einste, was uns gegenüber dem uns angebrochenen Vernichtung des deutschen Volkes gebühren ist: für das deutsche Reich und für die deutsche Einheit!“

Ausrufung der rheinischen Republik.

Köln, 21. Okt. Heute morgen 4 Uhr ist hier die rheinische Republik ausgerufen worden. Die Befehle der Regierungsgesandtschaft ging glatt vor sich, da die Schöps keine Widerstand leistete. In ihrer Proklamation verspricht die neue Regierung Brot und Arbeit. Die Bewegung greift nach der belgischen und englischen Zone rasch um sich.

Was tun die südwestdeutschen Bundesstaaten?

Darmstadt, 21. Okt. Die hessische Regierung hat auf Grund der letzten Nachrichten über die innerpolitischen Ereignisse sofort mit der württembergischen und badischen Regierung Fühlung genommen. Heute Montag findet deshalb in Stuttgart eine Besprechung statt. Die hessische Regierung hält weiterhin in selbstverständlicher Treue an der Einheit des Reiches fest und wird alle Kräfte hierfür einsetzen.

Der Dank des Reichslands an die Landwirtschaft.

Der Magistrat der Stadt Hamm in Westfalen hat an die Geschäftsstelle des Reichslandbunds zu Oshorn (Hann.) folgendes Schreiben geschickt: „Nach glücklich erfolgter Rückkehr unserer Kinder sprechen wir Ihnen für Ihre Mitarbeit und Ihre wertvollen Bemühungen bei der Durchführung des vaterländischen Liebeswerkes der in diesem Sommer erfolgten Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder der Stadt Hamm im Kreise Oshorn unseren herzlichsten Dank aus. Nachstehend geben wir eine Aufstellung der Gewichtsangaben von 294 gemogenen Kindern: 21,2 kg. 11, 2—3 kg. 63, 3—4 kg. 38, 4—5 kg. 24, 5—6 kg. 12, 6—7 kg. 5, 7—8 kg. 5, 8—9 kg. 2, 9—10 kg. 3, 10,4 Kilogramm ein Kind.“

Merlei

Die Sammlung an der Berliner Börse für die Volksspeisung in Berlin hat bis jetzt 10 000 Dollar ergeben.

545 Milliarden Feilbetrag. Reichsverkehrsminister Dese reichsfehlte die letzten ungeheuren Erhöhungen der Eisenbahntarife mit dem Hinweis, daß die Reichseisenbahn am Schluß des Rechnungsjahrs einen Feilbetrag von 545 000 Millionen Mark geholt habe.

Einbrecherbande. Die Berliner Polizei hat eine 25köpfige Einbrecherbande dingfest gemacht, die eine geradezu unglaubliche Anzahl von Einbrüchen in Berlin, Brandenburg, Provinz Sachsen, Thüringen und Sachsen verübt hat. Mit des gestohlenen Gegenständen wurde ein förmlicher Großhandel betrieben.

Eine Spende des Papstes. Der Papst übergab den Erzbischofen von Köln und Breslau 300 000 Lire zur Verteilung an Bedürftige.

Ein Papstpalast als Altersheim. Der historische Papstpalast zu Castel Gondolfo in der Nähe von Rom, der von Urban VIII. erbaut wurde und durch Jahrhunderte die Sommerresidenz der Päpste war, wird jetzt in eine Art Altersheim für kirchliche Würdenträger umgestaltet. Papst Pius XI. hat in verschiedenen Fällen beobachtet, daß Bischöfe und andere Kirchenfürsten, die ihre Jugend und beste Kraft der Sache der Kirche geopfert haben, im Alter in Not und Dürftigkeit leben mußten. In dem Wunsche, diesen Veteranen der Kirche zu helfen, beschloß er, den wundervollen Palast von Castel Gondolfo, der hoch über dem Albanischen See liegt, zu diesem Zwecke zu verwenden. Das erste und dritte Stockwerk des Hauses werden jetzt für kirchliche Würdenträger eingerichtet, die sich wegen Alters oder Krankheit von ihrer Arbeit zurückziehen müssen. Das zweite Stockwerk wird die päpstlichen Gemächer enthalten, die für den Fall bereitstehen, daß der Papst einmal den Vatikan zu einem Sommeraufenthalt verlassen sollte.

Der Erfinder des Helikopters, Dr. Abel F. A. A. ist in Regensburg bei Regensburg im Alter von 72 Jahren gestorben. Mit seiner Erfindung hat er vor 40 Jahren den Grund zu einer blühenden Industrie gelegt.

Die Kölner Riesenorgel. In der großen Halle der Kölner Messe wurde in letzter Zeit eine Orgel aufgestellt, die die Stadtverwaltung dem Orgelbauermeister Klais in Bonn in Auftrag gegeben hatte. Die Orgel hat 130 Register, verteilt auf 5 Manuale und das Pedal. Das fünfte Manual bedient auch das Fernwerk. Das Werk wird 11 000 Pfeifen umfassen. Die größte Pfeife erzeugt eine Luftwelle von 21,25 Meter, die kleinste eine solche von nur 5 Millimeter. Die Windbehälter werden von mehreren elektrischen Windtättern gespeist.

Schliffung. Die Brauereifirma Schultheiß-Bahnhof in Berlin hat für die städtische Volksspeisung 4 Millionen Mark gestiftet.

Fliegerleistung. Der deutsche Flugzeugführer Scheinowitsch von der Trans-Europa-Union hat die 357 Kilometer lange Strecke München—Wien bei äußerst ungünstigen Witterungsverhältnissen in 105 Minuten zurückgelegt. Der Express-Paris-Dienst braucht acht Stunden.

Verunglückte Flugpost. Das Kesselflugzeug Rotterdam—London mußte auf der Insel Goodwin Sands eine Notlandung vornehmen. Die Reisenden und die Besatzung wurden gerettet, das Flugzeug wurde von stürmischen Meereswellen zertrümmert und fortgerissen.

Ueble Folgen einer Tiefenerlegung. Die Tiefenerlegung des Sogen-Sees bei Haag vor München um 2—3 Meter hat das Westufer des Seegeländes um 15 bis 20 Meter vom Wasser abgerissen. Es sinkt fortgesetzt tiefer. Unterhalb Mitterwert, etwa 8—10 Meter vom Eisenbahnstamm entfernt, in der Nähe des Badepfades, ist über Nacht die Erde mit den hohen Erden- und Weidenbäumen versunken, von denen nur noch die Kronen aus dem Wasser ragen. Das uralte Kirchspiel Sogen (Süben) mit 800 Einwohnern und 37 Orten ist bei der Inbetriebnahme des Sogen-Kraftwerks, das die Spiegeleisenung braucht, ohne Wasser, sämtliche Brunnen sind versiegt. Das Wasser muß in Zisternen angefahren werden.

Leiden der Zeit. Auf den Schienen der Berlin-Lantwiler Barockbahn fand man die verstümmelte Leiche eines Fabrikanten aus Berlin. Er hatte nichts als einen Brief bei sich: „Liebe Lantwiler! Um nicht in dieser schweren Zeit Hungers zu sterben, gehe ich freiwillig in den Tod. Begrabt mich, bitte, auf Eurem schönen Paradieshof!“

Nicht über. In einer Gerichtsverhandlung in Berlin gab der Leiter des Hauptwohnungsamts in Berlin unter Zeugen

ausgesprochen in diesen stürmischen Tagen waren, von den blinden Sachverständigen zu solchem Dienstleister bewogte.

„Ich danke Euch von Herzen,“ sagte Widerich. „Aber nicht als mit allem andern würdet Ihr mir helfen, wenn Ihr mir eine Auskunft geben, wenn Ihr mit einigen Worten mir sagen könntet, was der Schöffe Kollath für ein Mann ist, mer zu seiner Familie gehört, welche Kinder er hat...“

Der Hausknecht sagte sich Widerich gegenüber verneigt und einen alten Strahlhut, und die Arme auf die Lehne legend und ihm groß und voll ins Gesicht schauend, antwortete er: „A, was Ihr nicht alles verlangt! Aber da müßt Ihr etwas Zeit haben als ich, und an einem Tage müßt Ihr sein, an dem man besser wüßte wie heute, wo einem der Kopf fast bei all dem Sturm und Durcheinander und Geklämmer und Gern — vom Schöffen Kollath ließ sich dann schon erzählen. Und wenn ich Euch auch jetzt nicht sagen könnte, was Ihr grade zu wissen verlangt, welche Familie er hat und wer seine Kinder sind, denn das weiß der gütige alte Mann wohl selber nicht, beacht ich also auch nicht zu wissen — mit dem, was die Leute, wenn sie unten in der Hölle stehen hinter dem Schoppen sitzen, sich von den wunderlichen Sachen erzählen, die in des Schöffen Danke passieren, damit könnt ich Euch schon dienen. Dazu braucht's weites Ausholen, und heute, bezeugt Ihr, würde ich schon bei der Falkenwirtin ankommen, wenn ich hier hängen bliebe und mich verschwäre, um des Schöffen Kollath Geschichten solch einem blinden Passagier, wie Ihr seid, beizubringen...“

„Sagt mir rasch das Wichtigste — nehmt noch ein Glas Wein für den Schoppen, den Ihr mir gebracht habt, und was darüber ist, ist für Euch!“

(Fortsetzung folgt.)

ist besser, wenn ich dich im Hause von Bekant habe, als wenn ich dich erst einflüchten muß!“

A. — Hieh das Kollath? Was sollte es anders heißen! Die Frau Kollaths war ja in Gohsenwald gewesen, von Würzburg herkommen, und A. mußte also Benedicte bedeuten; es konnte kaum ein Zweifel sein, die Besorglerin, die Feindin Benedicte's war die Geliebte Daignets!

Zedenfalls, sah Widerich, mußten dem General diese Befehle einer verheirateten Frau an ihn von großer Wichtigkeit sein; er mußte das größte Gewicht darauf legen, daß sie nicht in fremde Hände kamen; Widerich hatte damit ein höchst bedeutungsvolles Pfand in Händen, wenn ihn der Zufall in eine solche Lage brachte, in der er des Schutzes des Generals bedürfen konnte.

Er blühterte weiter, er mußte nach weitem Ermahnungen des A., das ihn so betroffen gemacht hatte. Da fiel sein Auge auf etwas, das ihn noch mehr betroffen machte, auf die Buchstaben G. de B. „Es ist merkwürdig,“ hieß es, „wie G. de B. so völlig verstummt ist, oder daß du Nachrichten von ihm?“

G. de B. hatte sich ja auch der Mann unterschrieben, der ihm das Kind hinterlassen! Wie seltsam! War es derselbe Mann?

In diesem Augenblick kam höflich der Hausknecht wieder in die Kammer. Er zog unter dem Baus eine Schoppenflasche mit Wein hervor, die er vor Widerich hinsetzte.

„Da hab ich Euch noch etwas ausgegabelt,“ sagte er lächelnd und sehr triumphierend aussehend — „etwas, das Euch guttun wird nach Eurem Will!“

Widerich dankte ihm. Er sah, daß er mit seinem Geschenk sich des Mannes Herz erobert hatte — wenn es nicht die eigenwilligen Gefühle der Landsmannschaft und Zusammenge-

11) an, daß im Wohnungsamt viele Fälle von Veruntreuungen und Besichtigungen vorgekommen sind, weshalb eine größere Anzahl von Angeklagten haben einlassen werden müssen. Der Betriebsrat habe ihm aber die Entfernung der unzuverlässigen Leute schwere Hindernisse in den Weg gelegt und oft ganz unmöglich gemacht.

Banknotenschieber. Von der Fremdenüberwachungs-polizei wurde ein aus Polen zugereister Händler verhaftet, der 152 alte braune Tausendmarktscheine der Reichsbank im Bett versteckt hatte, mit denen er unter bedeutender Ueberforderung einen Handel betrieb. Das Geld wurde beschlagnahmt und der Händler zu einer Geld- und Gefängnisstrafe verurteilt. — Wiederholt sei darauf aufmerksam gemacht, daß alle Reichsbanknoten keinen höheren Wert haben als die neuen, da die Reichsbank sie nicht mehr in Gold einlöst.

Kartoffeldiebstahl. Auf dem Staatsgut S-medittbeuren in Oberbayern haben 300 mit Schaufeln, Bienen und Säcken ausgerüstete Kartoffeldiebe nachts die Kartoffeln geerntet.

Ein Dorf in Flammen. In dem Dorf Bahmannsdorf bei Seelow (nördlich von Berlin) brach in zwei Gehöften Feuer aus, das mehrere bäuerliche Anwesen mit allen Gebäuden in Asche legte. Das Vieh konnte gerettet werden, dagegen ist fast alles Kleinvieh umgekommen. Getreide wurde für viele Millionen vernichtet. Brandstiftung ist zweifellos.

Bombenanschlag? In einer Straße in Moskau wurden durch eine Explosion 12 Personen getötet und 40 verletzt.

Neue Insel. Im Rapsischen Meer entstand in der Nähe von Alperon, zwei Kilometer von der Küste, eine Insel mit einer stark springenden Erdölquelle, die auch Gestein mit Kupfererz auswerfen soll.

Bärenplage. In Ostkaralien (russisch-finnische Grenze) sind in diesem Jahr die Bären in so großer Zahl aufgetreten, daß sie eine Gefahr für die Dörfer bilden. Die Bären haben schon viel Vieh zerrissen. Die Sowjetbehörde ließ an die Bauern Bewehrung verteilen und zahlte eine Belohnung für den Abschub.

Auswärtige Todesfälle.

Fidel Schibel, Rottenburg, Eugen Frey, Oberwachtmeister, Rottenburg.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 20. Okt. (Freiverkehr): 20 Milliarden, 1 Pfund Sterling 65 Milliarden, 1 Doll. Gulden 5,72 Milliarden. Die gesamte Lage im Innern des Reichs (Berlin, München, Dresden), die schwere Notlage im Ruhrgebiet und der Abbruch der Verhandlungen über die Eisenbahnfrage und die Wiederannahme der Arbeit im Ruhrgebiet haben die Befestigung gebracht.

Der Wert von 1 Milliarde Mark in Pfennigen am 18. Okt. in Holland 52, Belgien 191, Norwegen 89, Dänemark 79, Schweden 52, Italien 218, London 55, Neuyork 51, Paris 165, Schweiz 55, Spanien 73.

Goldkaufpreis der Reichsbank am 19. Okt. 37 434 163 000 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück.

Der Anlauf der Reichsbanknoten ist in der ersten Rechnungswoche des Oktober um 18 704,2 auf 46 933 Billionen Mark gestiegen.

Markzahlen. Lebensmittel 838 millionenfach, Großhandel 1003 millionenfach (16. Okt.).

Hamburger Preise. Butter 3 Milliarden d. Vfd. (Weltmarktpreis 4,5 Milliarden), Milch 388, Magermilch 192 Millionen Mark.

Der Preis für ein Schwarzbrot (1000 Gr.) beträgt in Berlin ab 22. Okt. 1,8 Milliarden, für ein Weißbrot 30 Millionen Mark.

Berliner Getreidepreise am 20. Okt. in Milliarden Mark: Weizen 31 bis 33,5, Roggen 29 bis 30,5, Gerste —, Hafer 24 bis 25, Weizenmehl 92 bis 99, Roggenmehl 80 bis 85, Kleie 14 bis 14,5, Raps —.

Weizenmehlspezial Nr. 0 in Mannheim 100—120 Milliarden für 100 kg. bei einem Dollarkurs von 18—19 Milliarden.

Berliner Fettmarkt. Butter (Erzeugerpreis) 2,5 Milliarden, Margarine 847 Millionen für die billige, 1101 Millionen für die teuerste Sorte (Zahntypus).

Markte

Stuttgart, 20. Okt. Obstgroßmarkt: Preise in Millionen Mark: Äpfel 150 bis 250, Birnen 120 bis 350, Zwetschen 150 bis 180 (im Kleinverkauf 250 bis 300), Pflaumen 900 bis 1000, Nüssen 100 bis 160, Kirschen 450 bis 500, Trauben 450 bis 500 (600), Tomaten 100 bis 120 das Pfund.

Gemüsegroßmarkt: Kraut 60 bis 80, Waukraut 100 bis 120, Kohl 70 bis 100, Gelbe Rüben 80, Zwiebeln 50 bis 80, Bohnen 200 bis 220, Spinat 80, Mangold 50 bis 60 d. Pfd., Gurken 20 bis 60, Rettiche 5 bis 25, Kohlraben 20 bis 80, Salat 5

bis 30, Endkohl 30 bis 50, Wauerkohl 200 bis 500, Rosenkohl 30 bis 50 das Stück.

Butter 2200, amerik. Schmalz 2800 bis 3200, Margarine 2200 bis 2400, Kokosfett 2400 bis 2800 d. Pfund, Sonnenblumenöl 300, Rapsöl 180 bis 200, Bodfischöl 120 bis 160 die 100 Gramm, Eier 300 das Stück.

Winnenden, 19. Okt. Dem heutigen Obstmarkt wurden zugeführt: 165 Säcke Roskohl, 80 Körbe Tafelobst und 20 Körbe Zwetschen. Preis für Roskohl 5—6 Milliarden, für Tafelobst 8—10 Milliarden, für Zwetschen 4—5 Milliarden je der Zentner. Alles verkauft. Nächster Obstmarkt Donnerstag, 25. Oktober.

Leutkirch, 19. Okt. Schranne. Zufuhr: Weizen 278 Kilo, Gerste 743, Hafer 680. Verkauf wurde alles. Preis in Milliarden von Mark pro Doppelzentner: für Weizen 16—17, Gerste 10—14, Hafer 9,5—11. Gesamtumsatz 212,560 Milliarden Mark.

Weinherbst

Stetten im Remstal, 19. Okt. Die Weinlese ist im Gang. Bei dem hohen Reifegrad des hier vorherrschenden Weißgewächses (Solosauer und Riesling) ist ein ausgezeichnete Wein zu erwarten. Die Menge schätzt etwas vor. Käufe sind bis jetzt noch nicht abgeschlossen.

Reb-Steinreich L. R. Weinlese im Gang: Erzeugnis 1500 Hektoliter sehr gute Schiller- und Rotweine.

Oberstfeld. Bei der Versteigerung des Vorkuglerweins, die von Wirtin und Weingärtnerin Mark besucht war, erzielte die Gemeinde pro Hektoliter 90 Goldmark, umzurechnen in Papiermark nach dem Kurs für die Landabgabe am Tage der Versteigerung. Sonst ist noch kein fester Kauf abgeschlossen. Bei herrlichem Herbstwetter nimmt die Weinlese einen guten Verlauf. Güte schätzt allgemein etwas vor.

Hausen a. d. Jaber. Lebhafter Verkauf zu 180 Goldmark für 1 Eimer. Meist Rotenabgabe. Der Wein wird recht gut.

Ein „Glücksberg“ in der Pfalz. In Reustadt a. d. S. in Saarbrücken und Hünfeldingen kam man von einem sog. „Glücksberg“ sprechen. Während die Geringfügigen nur geringe Mengen liefern, läßt es in den unteren Lagen besser aus. Die Güte des Mostes übertrifft sicher den 22er beträchtlich. Mostgewichte 80 bis 90. Von Kollkanten hört man wenig, da die kleinsten Produzenten der Wingergenossenschaft abgeschlossen sind, die alles einstellt. Man hört von Angeboten seitens des Handels von 3 bis 4 Milliarden je Logel (40 Liter).

Das Wetter

Der Luftdruck zieht nach Norden od. läßt aber in Süddeutschland Störungen zurück. Am Dienstag ist zeitweilig bedecktes und trübweises regnerisches, aber mildes Wetter zu erwarten.

Ämtliche Bekanntmachung.

Betr. Wehlpreise.
Der Abgabepreis des Kommunalverbandmehls an die Bäder und Mühlen unserer Bezirke ist für die Zeit vom 22. Oktober bis auf Weiteres (Brotmarken Nr. 20 und 21) auf 30 Milliarden per Sack à 100 kg. festgesetzt.
Nagold, den 20. Okt. 1923.
896 Oberamt: Nagold.

Bekanntmachung

Betr. Zahlungen an die Finanzkasse.
Gemäß Verfügung des Reichsministers der Finanzen dürfen von den Finanzkassen bis auf Weiteres Bankchecks, gleichgültig welcher Art, nicht mehr in Zahlung genommen werden.
Bei Zahlungen mittels Postanweisungen oder Zahlkarte ist als Zahlungstag der Tag anzusehen, an dem der Betrag bei der Post eingezahlt ist, also der Tag des Stempels der Post auf dem Postabdruck. Bei Überweisungen auf Postkonten ist der Stempelabdruck des Postkontos als Tag der Zahlung maßgebend, dagegen ist bei Banküberweisungen als Zahlungstag der Tag anzusehen, an dem der Betrag dem Konto der Finanzkasse gutgeschrieben wird.
Altensteig, den 19. Okt. 1923.
896 Finanzamt.

Komme nächster Tage nach Nagold und kaufe Gegenstände aus 889

Gold und Silber, alte Schmucksachen und alte Gebisse.
Adressenangabe unter E. Wolf, Edelmetalle, Pforzheim, an die Geschäftsstelle erbeten.

Bekanntmachung

betr. die vom 21. Oktober ab gültigen Ermäßigungsbeiträge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Ab 21. Oktober gelten beim Steuerabzug vom Arbeitslohn die 210 (zweihundertzehn)fachen Beträge der vom 16. bis 30. September 1923 gültigen, am 18. September bekannt gegebenen Ermäßigungsätze.
Die Sätze für die Bewertung der Sachbezüge erfahren keine Veränderung.
Altensteig, den 19. Okt. 1923.
Finanzamt:
J. A. Weig. Obersteuerinspektor.

Oberschwandorf.

Langholzverkauf.

Die Gemeinde verkauft am Donnerstag den 25. Oktober, vormittags 11 Uhr auf dem Rathaus

47,75 Festm. Langholz II.—VI. Klasse.

Verkaufsbedingungen sind auf dem Rathaus angelegt. 901 Gemeinderat.

Gemälde-Ausstellung
von H. Spothell
bei Hermann Knodel.

Visitenkarten fertigt G. W. Zaiser
Verkaufe ein starkes, ca. 120 Pfd. schweres **Läufer-Schwein**
auch zur Zucht geeignet.
Witt. Fischer, Bäcker
892 Nagold.

KOSMOS
Gesellschaft der Naturfreunde
billigen und guten Lesestoff
Belehrend / Unterhaltend
Preisvergünstigungen
Anmeldungen jederzeit bei:
Buchhandlung Zaiser, Nagold.
Druckarbeiten
liefert rasch und preiswert
Buchdruckerei Zaiser, Nagold.

Nagold. 899
Löwenlichtspiele.
Nur heute abend 8 Uhr
Eddi Polo
4. Teil,
sowie Beiprogramm.
Klavier- u. Harmoniumstimmer
Willy Sattler
Klavierstimmer und
1779 Konzertstimmer
Pforzheim
Gellertstr. 18. Tel. 1210.
Bestes Geschenk
Christliches Vergissmeinnicht.
Gedächtnisblätter der Liebe u. Freundschaft für alle Tage des Jahres mit u. ohne Goldschnitt in großer Auswahl bei
Buchhdlg. Zaiser Nagold.

Abreiss-Heft- und Wand-Kalender für 1924
in großer Auswahl bei Buchhandlung Zaiser, Nagold.

